

expertise



Baustelle Bildungsrepublik:

11.12.2019

Wo bleibt der Aufbruch?

*Eine gemischte Bilanz des Stillstands, der Rückschritte
und der bröckelnden Fortschritte*

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

Matthias Anbuhl
Abteilungsleiter
Bildungspolitik und Bildungsarbeit

Matthias Anbuhl / Klaus Klemm

matthias.anbuhl@dgb.de

Telefon: 030 24060-297
Telefax: 030 24060-410

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de



Baustelle Bildungsrepublik:

Wo bleibt der Aufbruch?

Eine gemischte Bilanz des Stillstands, der Rückschritte und der bröckelnden Fortschritte
Matthias Anbuhl / Klaus Klemm

1. Einleitung

Für die Zukunft des deutschen Bildungssystems wurden 2008, im Jahr der großen Finanzkrise, weitgehende Ankündigungen gemacht: Die Bundeskanzlerin rief im Juni des Jahres die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Die Regierungschefs von Bund und Ländern versammelten sich in Dresden zum „Bildungsgipfel“ und beschlossen umfangreiche Zielvereinbarungen.

Wer heute, mehr als zehn Jahre später, auf die Entwicklung seither zurückblickt, erkennt Licht und Schatten, Fortschritte und Stillstand.

2. Kindertagesbetreuung

Es ist unverkennbar: Bei der Kindertagesbetreuung hat die Expansion der Betreuung der unter Dreijährigen erhebliche Fortschritte gebracht: 2008 wurden in Deutschland insgesamt erst 17,6 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen (Krippen) bzw. in der Kindertagespflege betreut (vgl. Tabelle 1). In den neuen Bundesländern lag diese Quote deutlich höher, im früheren Bundesgebiet ebenso deutlich darunter. In den Jahren bis 2019 hat sich die Betreuungsquote für diese Altersgruppe nahezu verdoppelt. Mit 34,3 Prozent wurde aktuell die allerdings bereits für 2013 gesetzte Zielmarke von 35 Prozent knapp verfehlt: Die neuen Bundesländer erreichten alle eine Quote oberhalb der 50 Prozent-Marke, mit Ausnahme von Hamburg verfehlten alle alten Bundesländer das 35 Prozent-Ziel. Berlin mit seinen östlichen und westlichen Teilen liegt im Vergleich der Länder zwischen den Quoten der neuen und denen der alten Bundesländer. Bei der Kindertagesbetreuung der Drei- bis unter Sechsjährigen konnte das schon 2008 erreichte Niveau der Betreuungsquote (90,7 %) noch leicht auf 93,0 Prozent angehoben werden.

So erfreulich die unverkennbaren Fortschritte im Bereich der Kindertagesbetreuung auch sind, so muss gleichwohl die Gefährdung des erreichten Zustandes und erst recht eines weiteren Ausbaus gesehen werden. Nachdem die Entwicklung der jährlichen Geburtenzahlen bis 2011 auf 663.000 Geburten zurückgegangen war –ein Rückgang, von dem sich die Bildungspolitik unter der Überschrift „Demographische Rendite“ erhebliche Finanzierungsspielräume versprach – drehte sich diese Entwicklung zunächst langsam und dann, ab 2014 mächtig: Ab 2016 bis 2018 wurden mit jährlich etwa 780.000 Geburten ein Zuwachs von mehr als 100.000 erreicht. Parallel dazu erhöhte sich, nicht zuletzt in Folge der weltweiten Fluchtbewegungen, die Wanderungsbilanz: 2011 lag diese Bilanz von Zu- und Fortwanderung bei 280.000, 2015 dann bei 1,1 Mio. und 2018 bei immer noch 400.000. Beide Entwicklungen, insbesondere das Anwachsen der Geburtenzahlen, haben dazu geführt, dass die Nachfrage nach Plätzen in der Kindertagesbetreuung und zeitlich versetzt dann auch nach Schulplätzen – zumal der Geburtenanstieg zu spät wahrgenommen wurde – den ohnedies bestehenden Platzmangel verschärft hat. Trotz erheblicher Kapazitätsausweitungen insbesondere im Bereich der Krippen für unter Dreijährige konnten die Betreuungsquoten zuletzt nicht mehr verbessert werden. 2015 lag diese Quote bei 32,9, 2016 bei 32,7, 2017 bei 33,7, 2018 bei 33,6 und 2019



dann bei 34,3 Prozent. Es ist zu fürchten, dass fehlende Räume ebenso wie der jetzt schon bestehende Mangel an ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern den erforderlichen Ausbau der Kindertagesbetreuung eng limitieren werden.

Tabelle 1: Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige sowie für Drei- bis unter Sechsjährige (in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege) jeweils zum 01.03. der Jahre 2008 und 2019

Land	Betreuungsquote in Prozent			
	2008		2019	
	unter Dreijährige	Drei- bis unter Sechsjährige	unter Dreijährige	Drei- bis unter Sechsjährige
Baden-Württemberg	13,6	94,0	29,5	94,5
Bayern	13,2	88,9	28,5	92,5
Berlin	40,4	93,4	43,8	92,2
Brandenburg	44,8	94,8	56,9	94,9
Bremen	12,7	86,2	28,4	87,0
Hamburg	20,1	78,8	46,6	90,1
Hessen	14,2	91,6	31,4	92,3
Mecklenburg-Vorpommern	44,9	94,1	56,9	94,9
Niedersachsen	9,1	86,0	32,1	92,7
Nordrhein-Westfalen	9,3	90,2	28,2	91,8
Rheinland-Pfalz	15,0	95,4	31,3	95,3
Saarland	14,1	92,7	29,9	93,4
Sachsen	36,5	94,6	52,3	94,9
Sachsen-Anhalt	52,7	93,7	58,2	93,6
Schleswig-Holstein	11,6	84,0	34,8	91,8
Thüringen	38,9	95,9	54,6	95,8
Deutschland	17,6	90,7	34,3	93,0

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2008 bzw. 2019. Wiesbaden 2016 bzw. 2019

3. Ganztagschulen

Ähnlich wie bei der Kindertagesbetreuung ist auch beim Angebot von Ganztagsschulplätzen ein beachtlicher Fortschritt unübersehbar (vgl. Tabelle 2): Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen insgesamt gab es von 2008 bis 2017 einen Aufwuchs der Quoten der Schülerinnen und Schüler in Ganztagschulen von 24,1 Prozent auf 43,9 Prozent. Im Bereich der Grundschule wurde in dieser Zeitspanne mehr als eine Verdopplung der Ganztagsschulquote von 2008 erst 18,9 dann 2017 auf 41,7 Prozent erreicht. Für die Zukunft der Ganztagsgrundschule macht die Bildungspolitik zurzeit beachtliche Hoffnungen. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD (2018) heißt es: „Wir werden ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter ermöglichen. Wir werden deshalb einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter schaffen. Dafür werden wir gemeinsam mit den Ländern die Angebote so ausbauen,



dass der Rechtsanspruch im Jahr 2025 erfüllt werden kann.“ Ob diese Vereinbarung des Koalitionsvertrages umgesetzt wird, hängt – vorausgesetzt dass diese Regierungskoalition nicht zerbricht – derzeit noch vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern und von der Höhe der finanziellen Beteiligung des Bundes an den Kosten des avisierten Ausbaus der Ganztagsgrundschulen ab. Aber auch dann, wenn sich Bund und Länder einigen, besteht die Gefahr, dass der Ausbau am Personalmangel scheitert: Zu dem großen Mangel an Erzieherinnen und Erziehern, der schon den Ausbau der Kindertagesbetreuung zumindest bremst, kommt der in den kommenden Jahren noch steigende Mangel bei den Grundschullehrerinnen und -lehrern: Jüngsten Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) zu Folge werden bis 2023 allein 12.420 Lehrkräfte des Lehramtes der Grundschule bzw. des Primarbereichs sowie weitere 2.110 Lehrkräfte mit der Qualifikation für das Lehramt des Primarbereichs und des Sekundarbereichs I, also insgesamt in den Grundschulen bis zu 14.530 Lehrerinnen und Lehrer für die Sicherung des Halbtagesbetriebs dort fehlen (KMK 2019, S. 18f.).

Tabelle 2: Schülerinnen und Schüler in öffentlichen und privaten Ganztagschulen in Prozent (2008/09 und 2017/18)

Land	allgemeinbildende Schulen insgesamt		darunter Grundschulen	
	2008/09	2017/18	2008/09	2017/18
Baden-Württemberg	24,5	26,8	12,5	17,7
Bayern	4,6	22,1	3,5	24,3
Berlin	43,5	64,7	69,8	79,2
Brandenburg	38,9	49,3	36,1	43,6
Bremen*	*36,8	39,4	*19,9	44,6
Hamburg	43,4	92,7	*14,0	98,3
Hessen*	*31,1	*51,2	*11,7	*36,0
Mecklenburg-Vorpommern	31,3	*50,0	3,4	**
Niedersachsen*	*21,4	*54,3	*3,3	*36,4
Nordrhein-Westfalen	25,4	50,8	24,5	69,0
Rheinland-Pfalz	14,5	35,4	11,3	48,3
Saarland	14,0	35,7	20,7	50,8
Sachsen	71,3	80,7	70,8	87,3
Sachsen-Anhalt*	*20,2	*50,8	*70,0	*69,0
Schleswig-Holstein	19,7	26,6	*3,6	20,9
Thüringen	51,7	52,5	74,9	87,1
Deutschland	24,1	43,9	18,9	41,7

*nur öffentliche Schulen

**für 2017/18 keine Angaben zur Grundschule

Quelle: KMK: Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland – Statistik 2007 bis 2011 sowie 2013 bis 2017. Berlin 2013 und 2019



4. Chancengleichheit bei der Bildungsbeteiligung

In den bildungspolitischen Debatten zur Entwicklung des deutschen Schulsystems spielen die Auseinandersetzungen um das Thema „Chancengleichheit“ eine zentrale Rolle. Dies gilt für die Jahre der Bildungsreform in der früheren Bundesrepublik – 1972 lernten in der Altersgruppe der 13- und 14-jährigen 46 Prozent der Kinder aus Beamtenfamilien in Gymnasien, von den Kindern dieser Altersgruppe, die aus Arbeiterfamilien stammten, galt dies nur für 6 Prozent (Klemm/Koch 1984, S. 70). An der hohen Bedeutung, die in Deutschland der sozialen Lage der Herkunftsfamilie für erfolgreiches schulisches Lernen zukommt, hat sich in den folgenden Reformjahren kaum etwas geändert. Die einschlägigen Analysen der ersten PISA-Studie (2000) fassen die Autoren des deutschen Berichts „PISA 2000“ so zusammen: Diese Analysen zeigen, „dass in Deutschland im Vergleich zu allen anderen OECD-Staaten die soziale Lage der Herkunftsfamilien den stärksten Effekt auf die gegen Ende der Vollzeitschulpflicht erreichte Lesekompetenz hat“ (Deutsches PISA-Konsortium 2001, S. 389). Auch in den Jahren nach 2000 konnte sich an diesem Zusammenhang kaum etwas ändern. In den Studien zur Überprüfung des Erreichens der zwischen den Bundesländern vereinbarten Bildungsstandards wurde – u.a. mit Blick auf das Fach Mathematik – der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den von Neuntklässlern erreichten mathematischen Kompetenzen untersucht. Dabei wurden Kompetenzwerte der Jugendlichen aus den beiden sozial „stärksten“ und den drei sozial „schwächsten“ Familiengruppen miteinander verglichen. Es zeigte sich für Deutschland insgesamt, dass 2012 die durchschnittlichen Testwerte der sozial stärksten Gruppen die der sozial schwächsten um 79 Punkte übertrafen. 2018 lag dieser Unterschied mit 82 Testpunkten auf etwa gleichem Niveau. Ein Bundesländervergleich zeigt, dass die unterschiedlichen sozialen Chancen beim Kompetenzerwerb in allen Bundesländern auf hohem Niveau fortbestehen und dass die Unterschiede nur in fünf der sechzehn Bundesländer abgenommen haben (vgl. insgesamt Tabelle 3). Die Anfang Dezember 2019 vorgelegte aktuelle PISA-Untersuchung, die nur Daten für Deutschland insgesamt und keine Ergebnisse auf Bundesländerebene erfasst, stellt mit Bezug auf den Kompetenzbereich Lesen für die Jahre zwischen 2009 und 2018 einen leichten Rückgang des Vorsprungs 15-jähriger Jugendlicher aus den besser gestellten Familien fest (Reiss u.a. 2019, S. 26).

Ein Blick auf diese Befunde belegt: Beim Abbau von Chancengleichheit gibt es seit Jahren, wenn nicht sogar seit Jahrzehnten Stillstand.

Tabelle 3: Mittelwerte der erreichten Kompetenzen im Fach Mathematik nach sozialer Herkunft (EGP-Gruppen) im Ländervergleich sowie im Vergleich der Jahre 2012 und 2018

Land*	2018			2012			Differenzvergleich
	EGP-Klassen		Differenz	EGP-Klassen		Differenz	
	I und II*	V bis VII**	(I+II)-(V+VI+VII)	I und II*	V bis VII**	(I+II)-(V+VI+VII)	2012/2018
Baden-Württemberg	528	450	78	528	447	81	3
Bayern	543	473	70	540	454	86	16
Brandenburg	513	438	75	553	443	110	35
Hessen	519	425	94	518	438	80	-14
Mecklenburg-Vorp.	505	435	70	529	464	65	-5
Niedersachsen	512	452	60	517	456	61	1
Nordrhein-Westfalen	517	435	82	513	424	89	7
Rheinland-Pfalz	519	433	86	525	453	72	-14
Sachsen	554	480	74	555	491	64	-10
Sachsen-Anhalt	520	438	82	543	453	90	8
Schleswig-Holstein	513	427	86	527	450	77	-9
Thüringen	526	461	65	542	474	68	3
Deutschland	523	444	79	525	443	82	3

*hoher sozioökonomischer Status

**niedriger sozioökonomischer Status

Für die drei Stadtstaaten und für das Saarland werden keine Werte berichtet.

Quelle: Pant u.a. (Hrsg.) 2013 sowie Stanat u.a. (Hrsg.) 2017

5. Kompetenzentwicklung in den Grundschulen und in den weiterführenden Schulen

Zumindest für die vergangenen zehn Jahre ist – dies zeigen die Untersuchungen zur Überprüfung der Bildungsstandards – die Kompetenzentwicklung in den Jahrgangsstufen vier der Grundschulen und neun der weiterführenden Schulen von Stillstand geprägt.

- Für die Grundschulen gilt: Zwischen 2011 und 2016 haben sich im Fach Deutsch in den Kompetenzbereichen „Lesen“ und „Zuhören“ – bei eher geringfügigen Länderunterschieden – keine deutlichen Verbesserungen ergeben: Bei einem bundesweiten Mittelwert von 500 Testpunkten hat sich in dieser Zeitspanne im „Lesen“ eine Veränderung um -1 und im Kompetenzbereich „Zuhören“ um +7 Testpunkte ergeben (vgl. Tabelle 4).
- Für die Neuntklässlerinnen und -klässler der weiterführenden Schulen bietet die Entwicklung zwischen 2012 und 2018 ein vergleichbares Bild: Auch hier finden sich bei den erreichten bundesdurchschnittlichen Kompetenzwerten zwischen 2012 und 2018 in Mathematik ein Unterschied von -1, in Biologie von -3, in Chemie von -6 sowie in Physik von -3 keine statistisch relevanten Veränderungen – bei allerdings deutlichen Länderunterschieden (vgl. Tabelle 5).



- In den Teilgebieten „Lesen (Deutsch)“ und „Leseverstehen (Englisch)“ der Neuntklässlerinnen und -klässler weiterführender Schulen ergibt sich ein anderes Bild: Im Lesen verändert sich von 2009 nach 2015 der Testwert um -6 Testpunkte, im Englisch dagegen um +20 (vgl. Tabelle 6).

Ausweislich der PISA 2018-Studie sind die Lesekompetenzen von 2009 bis 2018 nach einem zunächst leichtem Anstieg zuletzt wieder gesunken. Ähnliches trifft auf die Kompetenzwerte in Mathematik und den Naturwissenschaften zu (vgl. Reiss u.a. 2019, S. 16, 41 und 49).

Mit Blick auf diese Entwicklungen in den Jahren zwischen 2009 und 2018 – Entwicklungen, die weitgehend für einen fächerübergreifenden Stillstand stehen, lässt sich feststellen, dass sich die Hoffnung, dass Bildungsstandards und Vergleichstests zu besseren Leistungen und gleichwertigen Lebensverhältnissen führen, in diesem Jahrzehnt offenkundig nicht erfüllen. Zumindest haben die Länder zu wenige zielführende politische Schlüsse aus den Ergebnissen gezogen.

Tabelle 4: Entwicklung der erreichten Kompetenzen von Viertklässlern im Fach Deutsch von 2011 bis 2016

Land	Deutsch	
	2011	2016
	Lesen	Zuhören
Baden-Württemberg	4	16
Bayern	-10	-2
Berlin	5	2
Brandenburg	2	2
Bremen	7	12
Hamburg	2	7
Hessen	-7	-1
Mecklenburg-Vorpommern	-4	0
Niedersachsen	3	6
Nordrhein-Westfalen	3	11
Rheinland-Pfalz	5	7
Saarland	-4	10
Sachsen	-3	9
Sachsen-Anhalt	-7	-7
Schleswig-Holstein	-3	10
Thüringen	0	14
Deutschland	-1	7

Fett gedruckte Differenzen sind statistisch signifikant.

Quelle: Stanat u.a. (Hrsg.) 2012 sowie 2017



Tabelle 5: Entwicklung mathematischer und naturwissenschaftlicher Kompetenzen von Neuntklässlern (2012 und 2018 im Vergleich)

Land	Mathematik	Fachwissen		
		Biologie	Chemie	Physik
Baden-Württemberg	3	-4	-5	-4
Bayern	7	9	2	6
Berlin	0	-9	-10	-8
Brandenburg	-25	-33	-37	-28
Bremen	-11	-7	-10	-9
Hamburg	-1	-8	-11	-5
Hessen	-4	-9	-10	-13
Mecklenburg-Vorpommern	-23	-23	-22	-18
Niedersachsen	-5	-7	-11	-2
Nordrhein-Westfalen	4	7	3	5
Rheinland-Pfalz	-12	-18	-9	-9
Saarland	-8	-12	-8	-9
Sachsen	-6	-12	-10	-9
Sachsen-Anhalt	-20	-23	-37	-26
Schleswig-Holstein	-16	-19	-24	-15
Thüringen	-14	-17	-20	-22
Deutschland	-1	-3	-6	-3

Fett gedruckte Differenzen sind statistisch signifikant.

Quelle: Pant u.a. (Hrsg.) 2013 und Stanat u.a. (Hrsg.) 2019



**Tabelle 6: Entwicklung sprachlicher Kompetenzen von Neuntklässlern
(2009 und 2015 im Vergleich)**

Land	Lesen (Deutsch)	Leseverstehen (Englisch)
Baden-Württemberg	-23	9
Bayern	-8	17
Berlin	-7	15
Brandenburg	17	39
Bremen	-13	24
Hamburg	3	30
Hessen	-10	16
Mecklenburg-Vorpommern	13	33
Niedersachsen	-3	27
Nordrhein-Westfalen	-7	21
Rheinland-Pfalz	-11	13
Saarland	-7	16
Sachsen	12	38
Sachsen-Anhalt	9	27
Schleswig-Holstein	15	32
Thüringen	7	25
Deutschland	-6	20

Es wurde keine Signifikanz angegeben.

Quelle: Köller u.a. (Hrsg.) 2010 sowie Stanat u.a. (Hrsg.) 2016

6. Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss

Angesichts der Stagnation bei der Entwicklung kognitiver Kompetenzen kann nicht überraschen, dass der Anteil der Jugendlichen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, die die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Hauptschulabschluss verlassen (vgl. Tabelle 7), kaum gesunken ist: 2008 verließen 7,5 Prozent (4,1 % darin aus Förderschulen) die Schulen ohne einen Hauptschulabschluss, 2018 galt dies immer noch für 6,8 Prozent (3,0 % darin kommen aus Förderschulen). Bemerkenswert ist die Entwicklung zwischen 2008 und 2018: Bis 2013 konnte ein Rückgang dieses Anteils von 2008 noch 7,5 Prozent auf 2013 dann 5,7 Prozent beobachtet werden. Danach ist es zu einem Wiederanstieg auf den schon erwähnten Anteilswert von 6,8 Prozent gekommen (2013: 5,7 %, 2014: 5,8 %, 2015: 5,9 %, 2016: 6,1 %, 2017: 6,5 %). Wenn man die aktuellen Werte im Bundesländervergleich in den Blick nimmt, so zeigt sich für 2018 eine Spreizung, die von 5,0 Prozent in Hessen bis hin zu 11,5 Prozent in Sachsen-Anhalt reicht.

Die Tatsache, dass der Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss neuerdings sogar wieder ansteigt, ist besonders beunruhigend: Kommt doch das Verfehlen des Hauptschulabschlusses für die überwältigende Mehrheit dieser jungen Menschen einem Ausschluss von Berufsausbildung gleich.

Tabelle 7: Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss (2008/09 und 2018/19 im Vergleich)

Land	2008		2018	
	ohne Haupt- schul- abschluss**	darunter aus Förder- schulen**	ohne Haupt- schul- abschluss**	darunter aus Förder- schulen**
Baden-Württemberg	5,6	3,5	6,3	3,2
Bayern	6,5	3,2	5,9	2,5
Berlin	10,6	3,4	10,4	2,3
Brandenburg	10,6	8,0	7,8	4,2
Bremen	8,2	4,4	8,1	0,9
Hamburg	8,9	4,1	7,0	2,4
Hessen	7,0	3,4	5,0	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	17,9	10,7	9,2	4,6
Niedersachsen	7,4	4,1	6,2	2,3
Nordrhein-Westfalen	6,8	3,7	6,4	3,0
Rheinland-Pfalz	7,2	3,9	7,2	3,6
Saarland	6,7	3,4	7,6	2,8
Sachsen	11,8	7,3	8,2	4,8
Sachsen-Anhalt	12,1	9,7	11,5	5,8
Schleswig-Holstein	8,4	4,4	8,5	2,0
Thüringen	9,4	5,9	9,4	3,1
Deutschland	7,5	4,1	6,8	3,0

**prozentualer Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung (Quotensummenverfahren)

Quellen: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen – Schuljahr 2018/19 – Fachserie 11, Reihe 1. Wiesbaden 2019

KMK: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen. 2008 bis 2017. Berlin 2019

7. Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt

Das Verfehlen des Hauptschulabschlusses kommt für die überwältigende Mehrheit dieser jungen Menschen einem Ausschluss von Berufsausbildung gleich. Ein Blick auf die Daten der bundesweiten DIHK-Lehrstellenbörse belegte: Von den zum Zeitpunkt der Untersuchung (05.12.2019) insgesamt dort angebotenen 53.854 Ausbildungsplätzen waren bei 95,99 Prozent der Angebote Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss von einer Bewerbung ausgeschlossen. Die jungen Menschen mit Hauptschulabschluss blieben aufgrund des Stellenangebots zu 64,3 Prozent (2015: 61,6 %) explizit ausgeschlossen. Die Tatsache, dass junge Menschen ohne einen oder mit einem allenfalls schwachen Hauptschulabschluss kaum eine Chance haben, eine Ausbildungsstelle zu finden, erklärt, dass Ende September 2019 einerseits 53.100 Ausbildungsplätze noch unbesetzt waren, während 73.700 junge Erwachsene noch eine Ausbildungsstelle suchten – 24.500 als unversorgte Bewerber/innen und weitere 49.200 Bewerber/innen, die zwar eine vermeintliche Alternative gefunden haben, aber einen Ausbildungsplatz bevorzugt hätten (Bundesagentur für Arbeit 2019).



8. Das Verfehlen einer abgeschlossenen Berufsausbildung

Da dieses Missverhältnis zwischen der Zahl junger Menschen, die eine Ausbildungsstelle suchen, und der Zahl der für sie zugänglichen Ausbildungsplätze seit Jahren besteht, kann es nicht überraschen, dass 2018 von allen jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis unter 30 Jahren mit einer Quote von 15,1 Prozent nahezu eineinhalb Millionen (1,48 Mio.) junge Menschen über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten und nicht mehr dabei waren, noch eine Ausbildung zu erwerben (vgl. Tabelle 8). Ein Vergleich der Bundesländer zeigt eine Spreizung, die von „nur“ 10,9 Prozent in Thüringen bis zu 18,4 Prozent in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen reicht. Mit Blick auf die Lebensperspektiven dieser Menschen ist dies eine nicht hinnehmbare Situation: 2018 waren von den Menschen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung 17,4 Prozent arbeitslos, bei einer generellen Arbeitslosigkeitsquote von 5,3 Prozent (IAB 2019, S.6).

Auch vor diesem Hintergrund ist es in hohem Ausmaß problematisch, dass die Zahl der jungen Menschen, die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gefördert werden, seit 2008 bis 2018 von 525.000 auf 468.000 zurückgegangen ist (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 8: Anteil der jungen Erwachsenen (20- bis unter 30-Jährige) ohne abgeschlossene Berufsausbildung an der gleichaltrigen Bevölkerung (in Prozent)

Land	ohne Ausbildung in %	
	2008	2018
Baden-Württemberg	15,7	13,7
Bayern	13,8	10,2
Berlin	21,5	17,1
Brandenburg	12,8	18,4
Bremen	24,1	22,1
Hamburg	20,7	15,4
Hessen	19,7	15,2
Mecklenburg-Vorpommern	12,4	16,2
Niedersachsen**	16,9	16,7
Nordrhein-Westfalen	22,4	18,4
Rheinland-Pfalz	17,7	17,2
Saarland	19,2	17,5
Sachsen	9,7	11,3
Sachsen-Anhalt	13,5	14,3
Schleswig-Holstein	18,6	15,4
Thüringen	10,5	10,9
Deutschland	17,2	15,1

Quellen: 2008: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld 2010 (zusammengestellt nach den Tabellen B3-8web und B3-7web)
2018: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2018

**Tabelle 9: Ausbildungsförderung nach dem BAföG**

Geförderte		Jahre			
		2008*	2016	2017	2018
Schüler/innen	geförderte Personen	311.876	239.366	225.465	209.057
	geförderte Personen (durchschnittlicher Monatsbestand)	192.130	147.471	138.580	129.358
	finanzieller Aufwand (in Tsd. Euro)	741.180	770.675	758.489	705.184
	durchschnittlicher Monatsbeitrag/Person in Euro	321	435	456	454
Studierende	geförderte Personen	510.409	583.567	556.573	517.675
	geförderte Personen (durchschnittlicher Monatsbestand)	332.853	377.304	364.097	338.451
	finanzieller Aufwand (in Tsd. Euro)	1.590.638	2.099.110	2.181.049	2.001.732
	durchschnittlicher Monatsbeitrag/Person in Euro	398	464	499	493
insgesamt	geförderte Personen	822.323	822.933	782.038	726.732
	geförderte Personen (durchschnittlicher Monatsbestand)	525.003	524.775	502.677	467.809
	finanzieller Aufwand (in Tsd. Euro)	2.331.918	2.869.785	2.939.538	2.706.916
	durchschnittlicher Monatsbeitrag/Person in Euro	370	456	487	482

*Geförderte an Fernunterrichtsinstituten werden nicht nach Schüler/in und Studierende aufgeteilt, aber in der Summe „insgesamt“ mitgezählt

Quelle: Statistisches Bundesamt: GENESIS V4.1.15+ - 2019

9. Weiterbildung: höhere Beteiligung, bleibende Ungleichheit

Die mangelnde Chancengleichheit, die im gesamten Bildungssystem festzustellen ist, zeigt sich auch bei der Weiterbildung. Insgesamt ist die Weiterbildungsbeteiligung laut Adult Education Survey 2018 von 51 (2014) auf 54 Prozent (2018) gestiegen. Damit wurde die für 2015 anvisierte Zielmarke von 50 Prozent klar übertroffen. Ein tieferer Blick in die Zahlen zeigt allerdings, dass sich hinter dem erfreulichen Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung eine bedenkliche Konstanz von Ungleichheit verbirgt: Menschen mit niedrigem Schulabschluss bzw. ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Ältere nehmen deutlich seltener an Weiterbildung teil. Diese Entwicklung ist gerade angesichts der hohen Zahl junger Erwachsener, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, höchst bedenklich.



Tabelle 10: Weiterbildungsbeteiligung unter Erwerbstätigen nach höchstem Schulabschluss, Angaben in Prozent (2018)

Schulabschluss	Weiterbildung insgesamt	Betriebliche Weiterbildung
Niedrig	39	30
Mittel	51	42
Hoch	69	48

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Weiterbildungsverhalten in Deutschland – AES Trendbericht 2018, Berlin/Bonn 2019, S. 31

Tabelle 11: Weiterbildungsbeteiligung unter Erwerbstätigen nach höchstem beruflichem Abschluss, Angaben in Prozent (2018)

Beruflicher Abschluss	Weiterbildung insgesamt	Betriebliche Weiterbildung
Kein Berufsabschluss	44	17
Ausbildung /Berufsfachschule	48	40
Meister/Fachschule	69	59
Hochschule	71	52

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Weiterbildungsverhalten in Deutschland – AES Trendbericht 2018, Berlin/Bonn 2019, S. 31

10. Ausgaben für Bildung

Ein abschließender Blick auf das Bildungsbudget und die darin enthaltenen Ausgaben für Bildung (ohne die für Forschung und Wissenschaft) zeigt (vgl. Tabelle 10), dass der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt, der 2008 noch bei 6,2 Prozent lag und bis 2014 auf 6,6 Prozent angestiegen ist, seither wieder zurückgeht: auf 2017 nur noch 6,3 Prozent. Dieser Wechsel von Anstieg und Rückgang hat sich auch bei den öffentlichen Ausgaben vollzogen: Während dieser Anteil von 2008 bis 2014 von 4,9 Prozent auf 5,3 Prozent angestiegen ist, ging er bis 2016 wieder auf 5,1 Prozent zurück. Werte für 2017 hat das Statistische Bundesamt bisher noch nicht veröffentlicht.

Tabelle 12: Entwicklung der Anteile der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung (Bildungsbudget) am Bruttoinlandsprodukt

	2008	2014	2015	2016	2017
öffentliche Ausgaben	4,9	5,3	5,1	5,1	
private Ausgaben	1,3	1,4	1,3	1,3	
Insgesamt	6,2	6,6	6,4	6,4	6,3

Quelle: Statistisches Bundesamt: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2016/17. Wiesbaden 2019 (sowie frühere Ausgaben)



11. Fazit

Die für die Jahre von 2008 bis 2018 zusammengetragenen Daten zeigen eindringlich: Von der Aufbruchsstimmung, die die politischen Absichtserklärungen des Jahres 2008 prägten, ist wenig geblieben: Lediglich bei dem Ausbau der Krippenplätze und bei der Ausweitung schulischer Ganztagsangebote – bei zwei Bereichen also – in denen es um die Ermöglichung der Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit geht, findet sich ein echter Fortschritt, ein Fortschritt allerdings, der aktuell durch den Mangel von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Grundschullehrkräften gefährdet ist. In den übrigen Bereichen: bei der Erhöhung von Chancengleichheit, bei der Verbesserung der Erträge schulischen Lernens, beim Übergang von der Schule in Ausbildung, beim Erreichen von Bildungsabschlüssen finden sich Stillstand und zum Teil neuerdings sogar wieder Rückschritte. Das Bildung nicht mehr zu den Bereichen zählt, für die besondere Anstrengungen geleistet werden, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nicht – wie 2008 von der Politik versprochen – ansteigt, sondern seit einigen Jahren wieder zurückgeht. Zukunftsorientierung sähe anders aus!

12. Literatur/Quellen

Anbuhl, M.: Die Zwei-Klassen-Gesellschaft. DGB – Analyse zur sozialen Spaltung in der Weiterbildung 2019. Auswertung auf Basis des Adult Education Survey Trendberichts. Berlin 2019.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld 2010

Bundesagentur für Arbeit (2019): Situation am Ausbildungsmarkt. Nürnberg

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Weiterbildungsverhalten in Deutschland. AES Trendbericht 2018. Berlin/Bonn 2019

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001

IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung): Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten. Nürnberg 2019

Klemm, K./Zorn, D.: Steigende Schülerzahlen im Primarbereich: Lehrkräftemangel deutlich stärker als von der KMK erwartet. 2019 www.bertelsmann-stiftung.de

Klemm, K./Koch, H.: Schule und Arbeitsmarkt. In: Rolff, H.-G. u.a.: Jahrbuch der Schulentwicklung 3. Weinheim 1984, S. 44-75

KMK:: Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2019 -2030 – Zusammenfassende Modellrechnungen der Länder. Berlin 2019

KMK: Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland –Statistik 2007 bis 2011 (sowie 2013 bis 2017). Berlin 2013 (sowie 2019)



KMK: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2008 bis 2017. Berlin 2016

Köller, O. u.a. (Hrsg.): Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich. Münster 2010

Reiss, K. u.a. (2019): PISA 2018. Grundbildung im internationalen Vergleich. Berlin

Pant, H.A. u.a. (Hrsg.): IQB-Ländervergleich 2012. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I. Münster 2013

Stanat, P. u.a. (Hrsg.): Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik. Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2011. Münster 2012

Stanat, P. u.a. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2015. Sprachliche Kompetenzen am Ende der Jahrgangsstufe 9 im zweiten Ländervergleich. Münster 2016

Stanat, P. u.a. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2016. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster 2017

Stanat, P. u.a. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I im zweiten Ländervergleich. Münster 2019

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur: Allgemeinbildende Schulen – Schuljahr 2018/19. Fachserie 11.Reihe 1. Wiesbaden 2019 (und ältere Jahrgänge)

Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben – Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2016/2017. Wiesbaden 2019 (sowie ältere Jahrgänge)

Statistisches Bundesamt: GENESIS VA.1.15+ - 2019

Statistisches Bundesamt: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2015 (sowie am 01.03.2019). Wiesbaden 2016 (sowie 2019)

Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 1